

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 122.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 13. März 1909.

Verlags-Bureau für Halle a. S. Breite 2,60 Nr. 122, durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf Mal. — Größte-Beilage: Anhaltischer Anzeiger (Halle, Verlags-Bureau), 31. Unterhaltungs-Beilage (Sonntags-Beilage), Radio, Mitteilungen.

Abbestellungs-Bureau f. d. sechsmonatliche Zeitungs- oder deren Raum 1. Halle u. den Central-Post-Office, außerdem 30 Pf. Beilagen am Schluss der sechsmonatlichen Zeitl. die Zeitl. 100 Pf. Wägen-Nummern b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfachstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Zur Lage auf dem Balkan.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die serbische Note wird in der Presse sehr verschieden beurteilt. Sie wird vielfach als ein Fortschritt in friedlichen Sinne betrachtet. Ganz verfehlt hat sie nirgends, auch nicht in der französischen und englischen Presse. Es wird abzuwarten sein, ob und was Serbien auf die österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad antwortet. In Wien und Berlin wird hervorgehoben, daß das serbische Verlangen, alle seine Ansprüche auf einer europäischen Konferenz geprüft und entschieden zu sehen, auf die Entschleunigung der Wächte ohne Einfluß sein dürfte, denn alle Mächte sind sich stets darüber einig gewesen, einer ähnlichen Konferenz ein scharf umgrenztes Programm und nur solche Fragen zu unterbreiten, über die eine Verhandlung unter den Konferenzteilnehmern statgefunden hat.

Zufolge Mätker werden, daß das kaiserliche Ministerium, um die freundschaftlichen Beziehungen mit Österreich-Ungarn festhalten, die Ernennung von vier türkischen Konsuln für Bosnien beschlossen habe. Man sei in offiziellen Kreisen überzeugt, daß diese Initiative der Porte in Österreich-Ungarn einen sehr guten Eindruck machen werde.

Später erfahren wir: Der in Konstantinopel erscheinende „Osmanische Abend“ schreibt, die serbische Antwort habe die Porte beunruhigt. Die Porte werde wegen des Transportes von Kriegsmaterial Vorstoß und Zurückhaltung beobachten, die Durchfuhr von großen Mengen nicht gestatten und infolge dessen Dynamit nur teilweise passieren lassen. Auf Anraten der Porte habe Serbien die Beförderung einer großen Quantität Kriegsmunition abgelehnt.

Die Sozialerhaltende Zeitung „Breme“ beipflichtet die Frage der Entschädigung der Orientbahnen, über die gegenwärtig in Petersburg verhandelt wird. Das Blatt erklärt, die bulgarische Regierung halte sich moralisch und rechtlich für verpflichtet, darauf zu sehen, daß die Gesellschaft entschädigt werde. In dieser Hinsicht habe die Regierung in Petersburg Schritte unternommen, damit von den von Bulgarien zu zahlenden 22 Millionen Francs in erster Linie der Wert der weggenommenen ostmittel-europäischen Bahnen auf der Basis der Kapitalisierung des jährlichen Kilometerertrages von 6489 Francs an die Gesellschaft erlegt werde. Die Festlegung der Entschädigungssumme müsse den weiteren Verhandlungen zwischen der Porte und den Orientbahnen überlassen werden.

Bei Redaktionschluss wird uns noch aus Belgrad telegraphisch: Die Note des Grafen Forgach ist dem serbischen Handels- und Finanzministerium zur Feststellung des Entwurfes der Antwort übergeben worden. Mit der definitiven Redigierung wird sich dann der Ministerrat befassen. Von kompetenter Stelle wird erklärt, daß die Antwort freundschaftlichste Worte übermitteln werden dürfte. In Regierungskreisen verläutet, die serbische Regierung werde darin ausprechen, sie sei nicht in der Lage, die Frage der Annexion, die eine europäische Frage sei, mit der Handelsvertragsfrage zu verbinden.

Die meistens günstige Beurteilung der Zirkulardepesche von Seiten der österreichisch-ungarischen Presse hat in Belgrad Kreise einer gewissen Verwirrung hervorgerufen, die auch in der Presse ein Echo findet. Einzelne Mätker hoffen, Österreich-Ungarn werde Serbien noch mehr zu erwidern versuchen und hierdurch eine Verzweigung (1) des serbischen Volkes provozieren, das die gegenwärtige Regierung davonjagen und an die Waffen appellieren werde. — Der serbischen Stimmung ist ein Nachtragskredit von 5 400 000 Francs für Heeresbedürfnisse unterbreitet worden.

Die Durchfuhrerlaubnis für serbisches Kriegsmaterial durch die Türkei ist nur eine beschränkte und mit Bedingungen verknüpft. Sie bezieht sich nur auf die Ladung des Dampfers „Crime“. Die Ladung des sich unterwegs befindlichen Dampfers „Orinoque“ wird zuerst geprüft werden.

Die „Wiener Neue Freie Presse“ meldet schließlich: Am 17. und 20. März finden beim Kaiser Franz Josef diplomatische Diners statt. Zu einem derselben ist der serbische Gesandte in Wien, Simitsch, geladen.

Endlich will die „N. Ztg.“ noch erfahren haben: Österreich-Ungarn soll angeblich geneigt sein, die Einberufung der Konferenz zuzustimmen, falls die Wächte nach Anerkennung der Einberufung Bosnien und der Herzegovina als vollzogener Tatsache sich darauf beschränken, eine wirtschaftliche Verhandlung der Donaumonarchie mit Serbien und Montenegro zu empfehlen. — Ferner wird genannt: Wlatte aus Berlin telegraphiert: Die österreichisch-ungarische Regierung wird durch ihren Gesandten, den Grafen Forgach, in Belgrad, soweit eine Klarstellung der serbischen Antwort noch notwendig ist, ihre Gedanken mündlich übermitteln lassen. Es wird dabei wohl auch die Frage gestellt werden, ob die serbische Regierung bereit ist, über die rein wirtschaftlichen Angelegenheiten mit

Österreich direkt zu verhandeln. Man erwartet, daß die serbische Regierung diese in freundschaftlicher Weise ergehende Aufforderung Österreichs annehmen wird.

### Die Finanz- und Steuer-Kommission des Reichstages.

Am Freitag schon zu einem vorläufigen Beschluß über die Staffelung der Brausteuer. Die Staffel des Antrages der Reichspartei (Antrag Camp) gibt in höherer Weise als die der Regierungsvorlage die Möglichkeit der Abwägung. Am Freitag brachte das Zentrum (Müller-Rudol) einen neuen Antrag ein, der eine Kontingentierung auf fünf Jahre einführt, indem für die bereits bestehenden Brauereien (vor dem 1. Oktober 1908 betriebstätiger hergestellt) die Steuerhöhe der Regierungsvorlage für drei Viertel ihrer durchschnittlichen Produktion aus den letzten drei Jahren um fünf Mark vom Doppelzentner ermäßigt werden sollen. Dieser Antrag erfährt scharfen Widerspruch. Von nationalliberaler und freisinniger Seite wird dem Zentrum entgegengehalten, daß es schon bei der Steuer von 1906 die Abwägung verübt habe und daß dies auch der offenbare Zweck und Erfolg dieses Antrages sei. Auf der anderen Seite erklärt das Zentrum den Antrag Camp für unannehmbar, weil dieser zwar ebenso wie die Regierungsvorlage die ganz kleinen Brauereien begünstige, aber auf Kosten der Mittelbrauereien die Großbrauereien bevorzuge. Der Sachverständigenrat berechnet aus dem Antrag Müller-Rudol einen Nettobetrag von 7 Millionen jährlich gegenüber der Regierungsvorlage. Die Wahl im März ergibt die Ablehnung des Antrages Müller-Rudol und damit der Kontingentierung gegen neun Stimmen, und die Annahme des Antrages Camp mit 13 gegen 12 Stimmen. Weiter wird mit sehr großer Mehrheit ein Kontingentier-Antrag angenommen, der die ganz kleinen Brauereien, die nur bis zu 150 Doppelzentner Platz verarbeiten, bevorzugt. Die Nationalliberalen haben, um in Norddeutschland die wegen des Fehlens einer Feinregulierung schwere Abwägung der Steuer zu erleichtern, eine Resolution eingebracht, die den Reichstagen ersucht, spätestens gleichzeitig mit der Beschließung dieses Brausteuergesetzes das Recht zum Gesetz über die Begleichung des Brauereibetriebes der Schatzkassen einzubringen, wonach aus solche Schatzkassen im Verleß zugelassen werden, bei denen vom halben Liter abwärts der Gehalt durch Stufen von Zwanzigteilen bis 2 Liter bestimmt wird. Der Grundbesitz § 1 der Weinsteuerordnung der auspricht, daß die Brauereien auf anderer Grundbesitz als bisher erhoben werden soll, wird angenommen. § 2 der Regierungsvorlage gibt dem Bundesrat die Befugnis, die Brauereien für Zuder zu ermäßigen, und, wenn keine Verpflichtung Brauereien von nicht mehr als 200 Doppelzentner erfolgt zu erfüllen. Diese Ermäßigung wird angenommen unter Ablehnung eines freisinnigen Antrages, der die Befugnis des bisherigen Brauereigesetzes aufrecht erhalten wollte, wonach die Befugnis des Bundesrates zum Erlaß der Zuderbrauereien von der Größe des Betriebes unabhängig ist. Die Regierungsvorlage hat die obligatorische Brauereifreiheit beibehalten, die nach dem gegenwärtigen Gesetz der den obergründigen Bier nach Abschluß des Brauereibetriebes und außerhalb der Brauerei zugewiesene Zuder gewährt. Auf Antrag Camp, der sich mit einem freisinnigen Antrage deckt, bleibt diese Steuerfreiheit bestehen.

Nach Erledigung des § 2 befragte die Finanzkommission die Weiterberatung der Brauerei auf Dienstag.

### Englische Marineforderungen.

Das englische Marinebudget für 1909/10 beläuft sich auf 35 142 700 Sterling gegenüber 32 319 500 Pfund Sterling im Rechnungsjahre zuvor. Die für den Beginn des Jahres neuer Schiffe in diesem Jahre bestimmte Summe beträgt 2 285 770 Pfund Sterling. Es handelt sich hierbei um vier Panzerschiffe vom Dreadnought-Typ, um sechs geschützte Kreuzer, zwanzig Torpedobootschiffe und eine Anzahl Unterseeboote, für welche letztere eine halbe Million Pfund Sterling ausgeworfen sind. Der Minister kündigt an, daß die Regierung es notwendig finden könne, im Laufe des Finanzjahres den schnellen Bau von noch vier großen Panzerschiffen vorzubereiten, die am 1. April 1910 begonnen werden würden. Er verlangt deshalb von dem Parlament die Ermächtigung, in voraus die notwendigen Bewilligungen erteilen zu dürfen, damit diese Schiffe am 1. April 1910 begonnen und im März 1912 vollständig fertiggestellt werden können.

Bei Redaktionschluss wird uns noch aus London telegraphisch: Die im Marinebudget beigesetzte Draufschicht besagt, daß die lange Dauer der Arbeitslosigkeit in den privaten Schiffbauwerken den Bau der meisten in Anhang genannten Schiffe während eines Teils des Jahres ernstlich verzögert hat. Ferner wird mitgeteilt, daß die Regierung erwäge, ob es ratsam sei, in gewissen Häfen für schwimmende Docke Sorge zu tragen.

### Krieg zwischen Nicaragua und El Salvador.

Wie in Mexiko verlautet, ist zwischen Nicaragua und El Salvador Krieg ausgebrochen. Zwischen dem saladorischen Rannonen-Präsidenten und dem nicaraguamischen Rannonen-Präsidenten „Monatomb“ soll es zu einem Zusammenstoß gekommen sein.

Ferner wird auf deutsch atlantischen Kabel aus Washington gebracht: Das Staatsdepartement hat den diplomatischen Vertreter Amerikas in Nicaragua plötzlich abberufen.

### Deutsches Reich.

Der Kaiser beim Kaiser. Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge hatte sich der Kaiser für Freitagabend beim Reichskanzler zum Diner angesetzt. Hierzu hatten u. a. Einladungen erhalten die Staatsminister bzw. Staatssekretäre von Bethmann-Hollweg, Freiherr von Rheinbaben, v. Tirpitz, v. Eimern, Eimern, Freiherr v. Schoen, Oberkammerer Fürst zu Solms-Baruth, Admiral v. Hollmann, Generaloberst und Generalinspekteur der 6. Armeeinspektion Freiherr v. d. Goltz und der Chef des Generalstabes der Armee v. Moltke.

Anlässlich des Geburtstages des Prinzregenten von Bayern fand am Freitag bei den Majestäten im Kgl. Schloße zu Berlin Frühstückstafel statt. Die Majestäten saßen einander gegenüber, der Kaiser zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern, der Kaiserin zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern, ferner Staatssekretär v. Schoen, drei Rabinetschefs und mehrere bayerische Herren.

Der Tempelhofer Feld. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages kam bei der Verhandlung über das Ertragsbudget des Militäretats die Angelegenheit des Tempelhofer Feldes zur Sprache. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß dieses Feld bei Berlin verkauft werden solle, erklärte die Militärverwaltung, das Feld reide für die Ausbildung der Berliner Garnison nicht mehr aus. Daraus scheint hervorzugehen, daß man an der Erhaltung dieses großen Exercierplatzes kein Interesse mehr hat und daß seine Erwerbung und Eingemeindung durch die Stadt Berlin nur noch eine Frage der Zeit ist.

Nachricht des braunschweigischen Landtagspräsidenten. Der Präsident des braunschweigischen Landtages, Geheimrat Fritzger, der fernerezeit als Mitglied des Reichstages niedergelagt. In diesem Landtag scheinen politische Besenden den Anlaß gegeben zu haben. Wenigstens schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung“: „Der Geheimrat Fritzger hat eine große geistige Frische und Arbeitsfreudigkeit erreicht, so daß man wohl annehmen darf, daß ihm nicht eine Besoldung des Alters zum Nachteil von der für nächsten Stellung als Landtagspräsident übertragen haben. Herr Geheimrat Fritzger hat in den politisch bewegten Zeiten des Reichstageswechsels sich stets von allgemeiner nationaler Gesichtspunkte leiten lassen und neben den Interessen des Landes unterwacht auch die des Reiches im Auge gehabt, sein Mandat wird daher vielfach als lobhafte bedauert werden.“

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 12. März, 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Arnim, Graf Schwerdtfeger. Der Entwurf über die Bildung eines Landamtenverbandes für die Insel.

Schulplan. wird nach kurzer Erörterung in zweiter Lesung angenommen. Darauf wird die zweite Lesung des Etats der

Geschäftsverwaltung

bei den außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt. Beim Titel „Neubau einer zweiklassigen Schule auf dem Vorwerk Stolpzin, Hauptort der Insel“, bemängelt

Abg. Bergmann (Soz.), daß selbst am gründlichen Holz des Landes sich unbefriedigende Schulverhältnisse ändern. Was soll erst am direkten Holz der Zunderknoten werden? Minister v. Arnim: Gebete für die Erleichterung Schulverhältnisse ist in den letzten Jahren viel gesprochen.

Abg. Kretz (kons.): Wer je auf dem Rande gewesen ist — zur Ehre des Herrn Bergmann nehme ich an, daß er noch nicht da war (Seitertzeit) — wird wissen, daß durch plötzlichen Zugang der normale Schulbetrieb gehindert werden kann. Dies ist auch der Auffassung von Domänen für richtig, no justige Ertragungen sie hätten für gute Schulen die Erträge, denn hier sind geradezu vorbildliche Einrichtungen getroffen. (Weisfall.) Der Rest dieses Etats wird bewilligt.

Beim Etat der Domänenverwaltung

betont

Abg. Kretz (kons.): Die Agrarvereine Göttingen und Stadthagen haben im Reichstage der Domänenverwaltung Mängel begehrt, insbesondere weil die Domäne Siederdorf bei Siedersdorf verpachtet und nicht aufgeteilt sei. Wir halten die Aufteilung von Domänen für richtig, no justige Ertragungen sie hätten für gute Schulen die Erträge, denn hier sind geradezu vorbildliche Einrichtungen getroffen. (Weisfall.) Der Rest dieses Etats wird bewilligt.

Minister v. Arnim: In dem erwähnten Falle wäre die Aufteilung eine große Härte für den Käufer gewesen, der große Aufwendungen für die Domäne gemacht hätte.

Abg. Bergmann (kons.): In der Domänenverwaltung fehlt es an den Mitteln für die nötigen Bauten und Reparaturen. (Gartl hoch!) Die Bauten werden von Jahr zu Jahr zurückgelegt, so kann aus den Domänen nicht der wünschenswerte Ertrag herausgewirtschaftet werden. Auch der Budgetsinn wird nicht in der sonst erreichbaren Höhe erzielt. Niemand wird behaupten, daß die Domänenverwalter aus Heberzucht seien. Bekanntlich müssen dieselben ein Bündel aller Kaufleute befragen und abzu-







